

Erich Reiter



Strategische Analysen

**Nach dem Irak nun Nordkorea?
Die Krise um das nordkoreanische
Atomwaffenprogramm**

Wien, im Juni 2003

Büro für
Sicherheitspolitik



Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des

Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 50201/27000, Fax (+43-1) 50201/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprintstelle der

Landesverteidigungsakademie Wien



Nach dem Irak nun Nordkorea? Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm

Inhaltsverzeichnis

1. Fragestellung	5
2. Nordkorea als Begründung für das US-Raketenabwehrprogramm	6
3. Tatsächliche Bedeutung der US Missile Defense	8
4. Die neue Sicherheitsstrategie der USA	10
5. US-Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen	12
6. Der jüngste Streit um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm	14
7. Südkoreanisch-amerikanische Differenzen	21
8. Japans Position	22
9. China und Russland	24
10. Nordkoreanisch-amerikanische Auffassungsunterschiede zur Konfliktlösung	25
11. Schwierige Verhandlungslösung	27
12. Ausschau	30
13. Resümee	33



Nach dem Irak nun Nordkorea? Die Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm

1. Fragestellung

Am 16. Oktober 2002 informierten die USA die Öffentlichkeit über ein Eingeständnis des Außenministers der Demokratischen Republik Korea (=Nordkorea), Kang Sok Joo, dass Nordkorea ein Nuklearwaffenprogramm verfolge. Dieses „Geständnis“ war anlässlich eines Besuches des amerikanischen Sondergesandten James Kelly (Abteilungsleiter für Ostasien und den pazifischen Raum im US-Außenministerium) in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang am 3. und 4. Oktober 2002 erfolgt, nachdem Kelly dem nordkoreanischen Außenminister nachrichtendienstliche Erkenntnisse vorgelegt hatte, aus denen hervorging, dass das Land über Einrichtungen verfüge, um hochangereichertes Uran für Bomben herzustellen. Ob Nordkorea bereits im Besitz einsatzfähiger Atomwaffen sei, war fraglich. Entsprechende Tests (die ja nicht verborgen bleiben

können) seien nämlich bisher nicht festgestellt worden.

Der nordkoreanische Diktator Kim Jong Il hat schließlich das Bestehen eines Nuklearwaffenprogramms zugegeben. Politische Kommentatoren mutmaßten, dass er auf diese Weise (– also durch das Schaffen einer Problemsituation –) hoffte, einen Dialog mit Washington in Gang zu bringen. Washington wäre seinerzeit aber nur zu einer Verbesserung der Beziehung zu Nordkorea bereit gewesen, wenn das Land sein Verhalten drastisch ändert, wozu nicht nur der Verzicht auf Programme für Nuklearwaffen, sondern auch auf die Herstellung weit reichender Raketen beziehungsweise den Verkauf von Raketentechnologie zählten.

Ob Nordkorea tatsächlich bereits das Material habe, um eine oder mehrere Bomben zu bauen, wurde im Westen unterschiedlich bewertet. Klar aber war der nordkoreanische Verweis auf seine Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen,



und das sollte besagen, dass man mit diesem Land ob dieser besonderen Gefährlichkeit ganz besonders vorsichtig umgehen müsse.

Es ist wiederholt diskutiert worden, warum die Administration Bush Bagdad mit Krieg gedroht und diesen schließlich auch geführt hat, falls es nicht auf Massenvernichtungswaffen verzichte, das Problem Nordkorea, das auf dem Weg zur Atombombe jedenfalls weiter ist als der Irak und das vielleicht schon über einen oder zwei Sprengkörper verfügt, hingegen auf friedlichem Weg beseitigen wollte. Ganz unabhängig von der (zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie) offenen Frage, ob der Irak überhaupt ein realistisches Atomwaffenprogramm verfolgt, wäre die Priorität der (von den USA behaupteten Absicht der) Verhinderung des Entstehens weiterer Atomkräfte eindeutig bei Maßnahmen gegen Nordkorea gelegen. Die Möglichkeiten einer militärischen Intervention in Nordkorea sind zweifellos aber wesentlich problematischer im Hinblick auf die Eskalationsgefahr, die zumindest Südkorea einbeziehen würde. Dazu kommt aber auch, dass die USA in Ostasien einen Status quo (abgesehen von Atomwaffen selbst in Nordkorea) akzeptieren, wogegen im Golf kurzfristig eine geopolitische Neuordnung angestrebt wurde.

2. Nordkorea als Begründung für das US-Raketenabwehrprogramm

Der Bericht der sogenannten Rumsfeld-Kommission von 1998 kam zum Schluss, dass sich innerhalb von fünf Jahren (=2003) die Möglichkeit von Raketenangriffen von sogenannten Schurkenstaaten mit Massenvernichtungswaffen ohne größere Vorwarnzeit entwickeln könne. Die Kommission bezeichnete die Zeiterwartungen der US-Geheimdienste über den Entwicklungsstand von Massenvernichtungswaffen und bezüglich der Trägerraketen der sogenannten Schurkenstaaten (also insbesondere Nordkorea, Irak und Iran) als zu optimistisch hinsichtlich angenommener langer Entwicklungs- und Produktionszeiten und mutmaßte, dass die Möglichkeit der Beurteilung der von diesen Ländern ausgehenden Bedrohungen in den nächsten Jahren abnehmen würde. Tatsächlich wurde seinerzeit zum Beispiel die Fähigkeit Nordkoreas, eine dreistufige Rakete starten zu können, vom CIA nicht vorhergesehen.

Besonderen Auftrieb hat der National Missile Defense die Entwicklung von Raketen in Nordkorea gegeben. Die Politik der USA war nicht im Stande, das Nuklearprogramm und das Programm zur Entwicklung weitreichender Raketen Nordkoreas zu stoppen. Nach dem erfolgreichen



Test einer nordkoreanischen Trägerrakete (TAEPO DONG) im August 1998 mit einer Reichweite von etwa 2000 Kilometern wurden im Herbst 1999 die Testvorbereitungen für eine neue Trägerrakete mit einer Reichweite von ungefähr 6000 Kilometern (TAEPO DONG II, nach anderen Angaben mit einer Reichweite von 6000–8000 Kilometern) entdeckt. Die TAEPO DONG II mit einer Reichweite von 6000 Kilometern könnte bereits amerikanisches Territorium erreichen (Alaska und die westlichsten der Hawaii-Inseln), darüber hinaus aber auch Teile Europas, und zwar Nordnorwegen, Nordfinland und den östlichen Teil des europäischen Russlands. Man konnte davon ausgehen, dass US-Territorium außer durch Russland in den nächsten 15 Jahren mit einiger Wahrscheinlichkeit von chinesischen und nordkoreanischen Interkontinentalraketen getroffen werden kann, vielleicht auch von iranischen und (so die Erwartungen vor dem Irak-Krieg) möglicherweise sogar von irakischen.

Darüber hinaus waren und sind für die USA Szenarien maßgeblich, wonach amerikanische Stützpunkte und Truppendislozierungen auch mit Mittelstreckenraketen getroffen werden können. Entscheidend für die Interventionsfähigkeit der USA ist die Verfügung über Militärbasen, die nahe dem Konfliktbereich liegen. Diese waren bisher praktisch unverwundbar. Das hat sich aber durch den zunehmenden Besitz von Massenvernichtungswaffen und Trägerraketen durch verschiedene Länder geändert.

Schon heute oder zumindest in naher Zukunft könnten Nachschubbasen, die für die Versorgung der amerikanischen Kampftruppen in einem Einsatzfall von entscheidender Bedeutung sind, durchaus zerstört werden. Ohne solche Basen kann Amerika aber keine Truppenmassierungen vornehmen und müsste sich ganz auf Einsätze von Cruise Missiles, Langstreckenbomben und Marinemöglichkeiten beschränken. Dadurch würde die Fähigkeit der USA zur Intervention in Krisen- und Konfliktgebieten entscheidend beeinträchtigt. Die Lösung dafür sind die sogenannten Theater-Missiles-Defense-Systeme (TMD). Ein funktionierendes Raketenabwehrsystem für das Gefechtsfeld ist aber deshalb technisch besonders problematisch, weil zum Abschuss angreifender Raketen nur eine sehr kurze Flugzeit gegeben ist. Dennoch gehen amerikanische Annahmen davon aus, bis etwa 2007 über ausgereifte TMD-Systeme zu verfügen.

Die Entwicklungen der letzten Jahre (insbesondere die nordkoreanischen Raketentests und die Nuklearversuche in Indien und Pakistan) haben demonstriert, dass die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen gescheitert ist. Die USA haben dies zur Kenntnis genommen und setzen nicht mehr auf politische Prozesse zur Rüstungskontrolle und –begrenzung. Statt dem als passiv empfundenen Verhalten in den Rüstungskontrollverhandlungen setzt man nun einerseits auf das Konzept der Bereitschaft zu Präventivschlägen gegen



Waffenarsenale von feindlichen Ländern, die im Besitz solcher Waffen sind, und andererseits wird die Raketenabwehr forciert. Die Europäer hingegen verfolgen weiterhin die Zielsetzung, die weitere Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch die Versuche vertraglicher Verpflichtungen zu vermeiden. Aus US-Sicht wollen sie das Scheitern des Nichtverbreitungsregimes nicht wahrhaben und verweigern sich der Einsicht in das Unvermeidliche.

Die mögliche Bedrohung Amerikas durch Interkontinentalraketen und die Nuklearwaffenprogramme der sogenannten Problemstaaten (Schurkenstaaten) wie insbesondere Nordkorea galt als die offizielle Begründung für das Erfordernis eines Nationalen Raketenabwehrsystems der USA (National Missile Defense – NMD). Da Nordkorea 1999 auf eine Fortsetzung der Tests strategischer Raketen verzichtet hat, lässt sich nur mutmaßen, ob die Erwartungen hinsichtlich der Einsatzreife nordkoreanischer Langstreckenraketen bis 2003 bestätigt worden wären. Nach Experteneinschätzung wird es noch Jahre dauern, bis diese mit einem nuklearen Gefechtskopf bestückt amerikanisches Territorium treffen könnten. Aber das Eingeständnis Nordkoreas, ein Atomwaffenprogramm zu haben, hat die amerikanischen Befürchtungen jedenfalls zumindest teilweise bestätigt.

Außer den offiziellen Nuklearmächten USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien

besitzen Indien und Pakistan Atomwaffen, und man geht allgemein davon aus, dass auch Israel über solche verfügt. Außer Nordkorea seien nach US-Einschätzungen auch Syrien und Libyen dabei, Atomwaffen zu entwickeln. (Vor dem Irak-Krieg wurde dies auch hinsichtlich des Irak angenommen, wozu zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Studie allerdings der Nachweis noch fehlte.) Diese und andere Länder arbeiten (offensichtlich und erkennbar) auch an der Entwicklung von ballistischen Raketen. Mehrere Industrieländer (insbesondere Japan) könnten, wenn sie wollten, in kürzester Zeit Atomwaffen produzieren.

3. Tatsächliche Bedeutung der US Missile Defense

Das alte National-Missile-Defense (NMD)-System der Administration Clinton sah eine begrenzte Abwehrfähigkeit von Interkontinentalraketen vor; begrenzt war die Abwehrfähigkeit hinsichtlich der Anzahl von gleichzeitig angreifenden Raketen, aber auf das gesamte Territorium der USA bezogen. Geplant war die Fähigkeit zum Abfangen von etwa



zwanzig Raketen mit bereits hochentwickelten Täuschungsvorkehrungen (d.h. gleichzeitig von vier Täuschkörpern pro einfliegenderem echten Gefechtskopf) in der dritten Phase des Projekts im Jahre 2011.

Im Gegensatz zu Clintons begrenztem NMD-Projekt wurde in der Administration Bush jr. nun eine umfassendere Raketenabwehr mit land-, wasser- und weltraumgestützten Elementen angestrebt. Man nennt das Projekt nicht mehr NMD, sondern nur noch Missile Defense (MD). Die Weiterentwicklung dieses Projekts verstieß gegen den Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag von 1972 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion, der eine das ganze Territorium umfassende Abwehr von strategischen Raketen verbietet. Dadurch sollte seinerzeit ein noch größeres Wettrüsten im Nuklearbereich verhindert werden (– weil man annahm, dass Raketenabwehrfähigkeit zu noch größeren Raketenarsenalen führen würde, um die Fähigkeit der Abwehr zu unterlaufen, somit zweitschlagsfähig und damit abschreckungsfähig zu bleiben). Nach langen erfolglosen Verhandlungen mit Russland zur Abänderung des ABM-Vertrages haben die USA diesen schließlich 2001 gekündigt und unterliegen nunmehr keinen Beschränkungen hinsichtlich der Errichtung einer umfassenden strategischen Raketenabwehr.

Russischerseits sah und sieht man in (N)MD vielfach nur einen Anfang, dessen Weiterentwicklung ungewiss ist. Freilich ist (N)MD in

absehbarer Zeit nicht imstande, ein russisches Atompotenzial, wie es sich auch nach der Moskauer Abrüstungsvereinbarung vom Mai 2002 (mit einer Reduzierung der atomaren Gefechtsköpfe auf 1700–2200 bis zum Jahre 2012) ergibt, zu neutralisieren. Aber man sieht in (N)MD den Wunsch nach einer umfassenden strategischen Raketenabwehr und fürchtet, dass man irgendwann doch in den Bereich kommt, wo durch den Weiterbau beziehungsweise die Weiterentwicklung der US-Raketenabwehr und eine gleichzeitige Reduzierung des russischen Atomwaffenpotenzials die Zweitschlagfähigkeit der Russen zwar nicht eliminiert, aber erheblich reduziert und geschwächt würde. Aufgrund der Flexibilität des Moskauer Abrüstungsabkommens ist zu erwarten, dass die USA wesentlich mehr einsatzbereite beziehungsweise als operative Reserven geführte atomare Gefechtsköpfe haben werden als Russland, das möglicherweise in der Zukunft weniger einsatzbereite Gefechtsköpfe haben könnte, als ihm zu besitzen erlaubt ist. Russland bliebe dann immer noch eine große Atommacht – und auf absehbare Zeit uneinholbar auf Rang zwei – aber eben doch nicht den USA gleichwertig. So gesehen wäre Russland – will es nicht eine erhebliche Machteinbuße in Relation zu den USA am Nuklearsektor in Kauf nehmen – gezwungen, ein größeres Atompotenzial zu behalten, als dies derzeit beabsichtigt scheint, kann dies aber weder heute noch in absehbarer Zeit finanzieren. In Russland weiß man auch, dass



man eine strategische Ebenbürtigkeit mit den USA nicht auf Dauer aufrechterhalten kann. Ein rational handelndes Russland wird deshalb auf die Rolle eines gehobenen Juniorpartners zu den USA im strategischen Bereich hinarbeiten und würde als solcher von den USA wohl auch anerkannt werden.

Im Gegensatz zu Russland wird China von den USA nicht als strategischer Juniorpartner und auch nicht als globale Macht anerkannt, sondern nur als ein regionaler Faktor. Für die militärische Planung der USA aber ist China die eigentliche Herausforderung in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten. Offiziell wurde (N)MD mit der entstehenden Fähigkeit zu einer atomaren Bedrohung der USA durch die so genannten Schurkenstaaten Nordkorea, Iran und Irak begründet. Tatsächlich wäre aber vor allem das – derzeitige – strategische Nuklearpotenzial Chinas von einem (N)MD-System betroffen.

China hat derzeit 20 bis 30 strategische Raketen (Interkontinentalraketen und Submarine-Launched Ballistic-Missiles – SLBMs). Es müsste also massiv aufrüsten, um in einer späteren Ausbauphase von (N)MD noch gute Chancen zu haben, genug Raketen durch den US-Abwehrschirm zu bringen, um einen Atomschlag gegenüber den USA glaubhaft anzudrohen. Wenngleich eine mögliche Aufrüstung Chinas heute schwer abzuschätzen ist, so würde sie jedenfalls eine gewaltige Herausforderung für die

Wirtschaft des Landes darstellen. Es ist deshalb verständlich, dass China sich besonders energisch gegen die amerikanischen (N)MD-Pläne gewehrt hat (und ebenso dagegen, dass die USA ein TMD-System gemeinsam für Japan, Südkorea und allenfalls auch für Taiwan entwickeln).

4. Die neue Sicherheitsstrategie der USA

Die USA sind heute ein unangefochtenes Imperium, sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in militärischer Hinsicht. Ohne den Einsatz der zentralen Ordnungsmacht USA geht sehr wenig, sei es im Nahen Osten, in Mittelasien, hinsichtlich der indisch-pakistanischen Beziehungen und des Konfliktes um Kaschmir, aber auch in Afrika und sonstigen Weltgegenden gibt es ohne USA-Einsatz meist keinen Friedensschub. Die Weltwirtschaft ist stark von der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft abhängig. Das amerikanische Militär ist allen anderen derzeit weit überlegen. Große Mächte wie China, Indien oder Russland werden in absehbarer Zeit zu arm sein, um die USA im technisch-militärischen Bereich überholen zu



können. Ländern, die das eventuell könnten, wie Japan oder den Ländern Europas als Gesamtheit fehlt der politische Wille dazu.

Davon und von den amerikanischen Werten und der Stärke Amerikas selbst geht die nationale Sicherheitsstrategie 2002 aus, die eine außenpolitische Vision ist und militärische, wirtschaftliche und moralische Aspekte integriert: Die USA seien ein Erfolgsmodell für eine Gesellschaft auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und freiem Unternehmertum. Wenn die Welt ein besserer Ort für alle ihre Bewohner werden wolle, müsse sie diesem Beispiel der USA folgen.

Die Grundlage der amerikanischen Sicherheitspolitik ist die eigene Stärke. Es sind die Fähigkeiten der Menschen, die Dynamik der Wirtschaft und die Verlässlichkeit der Institutionen. Die USA haben Werte und sie sind gewillt, diese gegen jeden Feind zu verteidigen. Wer nämlich gegen ihre Werte ist, der ist der Feind der USA. Und die Verteidigung der Werte besteht nicht im Hoffen, dass nichts passieren wird beziehungsweise der beste Fall eintritt, sondern in der Vorbereitung, den Feind notfalls schlagen zu können. Die Geschichte urteilt – so die Strategie – hart über jene, die eine Gefahr heraufkommen sahen, aber verabsäumt haben zu handeln. Und in der neuen Weltepoche, die bereits begonnen hat, ist der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit der Weg von rechtzeitigen Aktionen.

Als sicherheitspolitisches Motto kann man die Prinzipien der Über-

legenheit (Dominanz) und der Prävention (Präventivkriegsführung) angeben. Die USA wissen um ihre militärische Überlegenheit und sie werden es nicht zulassen, dass diese von irgendeiner Seite angefochten wird. So heißt es in der Doktrin, dass die US-Streitkräfte stark genug sein werden, um jeden möglichen Gegner davon abzuhalten, eine militärische Aufrüstung in der Hoffnung zu verfolgen, die Macht der Vereinigten Staaten zu erreichen und zu überbieten. Es wird allerdings eingeschränkt, dass die USA ihre wirtschaftliche und militärische Macht nicht dazu einsetzen werden, um sich einseitige Vorteile zu verschaffen, sondern im Gegenteil, um weltweit eine freie und offene Gesellschaft zu ermutigen. Wesentlich aber ist: Die USA haben den Willen, künftig keinen auch nur annähernd gleich starken Konkurrenten zuzulassen. Denn militärische Überlegenheit ist eine gute Basis für die Verteidigung.

Die USA seien weniger bedroht von Staaten, die eine Eroberungspolitik verfolgen, als von solchen, die selbst versagen, von schwachen, dem Zerfall geweihten Regimen, die Massenvernichtungswaffen einsetzen könnten, sowie von düsteren Netzwerken von einzelnen Personen. Die größte Gefahr für die Freiheit liegt in der Kreuzung zwischen Radikalismus und Technologie. Durch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie kann es geschehen, dass auch schwache Staaten und kleine Gruppen katastrophale Gewaltmittel für Schläge selbst



gegen große Nationen besitzen. Deshalb kann es erforderlich sein, dass die USA einer Bedrohung ihre Landes und ihrer Menschen durch einen militärischen Präventivschlag zuvorkommen.

Obwohl die USA bei präemptiven Schlägen gegen terroristische Organisationen immer versuchen werden, die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu bekommen, werden sie nicht zögern, alleine zu handeln, wenn es notwendig ist, um ihr Recht auf Selbstverteidigung durch präemptive Aktionen gegen solche Terroristen auszuüben, um sie dadurch zu hindern, dem Land oder der amerikanischen Bevölkerung Schaden zuzufügen.

Es geht dabei sehr wohl um die amerikanischen Interessen, aber diese basieren ja auf den amerikanischen Werten, die im Grunde genommen weltweit durchgesetzt werden sollten. Die USA fühlen sich aufgrund ihrer Machtfülle auch in der Rolle einer einzigartigen Verantwortung im globalen Sinne. Die USA werden – so die Strategie – ihre Macht nicht in allen Fällen zur Vorbeugung gegenüber aufkommenden Bedrohungen verwenden. Die Absicht solcher Aktionen wird es nur geben, um einer spezifischen aktuellen Bedrohung für die USA oder für ihre Alliierten und Freunde zu begegnen. Die Gründe einer solchen Aktion werden klar sein, die Gewaltanwendung angemessen und die Sache gerecht. Mit der Ankündigung eigener Präventivmaßnahmen ist auch die Warnung und Belehrung verbunden, dass andere Nationen

die Prävention nicht als Rechtfertigung für Aggression verwenden sollen.

Solche vorbeugenden Angriffe galten bislang als gerechtfertigt, wenn eine unmittelbare Bedrohung vorlag. Das gilt es aber nach der Strategie an die heutigen Zustände anzupassen: Heute reicht der Verdacht, dass ein anderes Land oder dort befindliche Terroristen einen Angriff planen, damit der Schlag gerechtfertigt ist, auch wenn Unsicherheit über Ort und Zeit des Angriffes besteht.

Der Präventionskrieg beziehungsweise der präventive Schlag gilt also dem Schutz der USA gegen Angriffe mit Massenvernichtungswaffen von „Schurkenstaaten“ beziehungsweise gegen terroristische Angriffe.

5. US-Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen

Ein weiteres Element der Bemühungen, den Bedrohungen durch Terroristen und „Schurkenstaaten“ zu begegnen, ist die am 11. Dezember 2002 vorgestellte „Nationale Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“.



Sie soll deutlich machen, dass potenzielle Feinde der USA, die atomare, biologische oder chemische Waffen gegen amerikanische Truppen oder ihre Alliierten einsetzen, ihrerseits mit dem Einsatz amerikanischer Massenvernichtungswaffen (inklusive Atomwaffen) rechnen müssen.

Die Veröffentlichung dieser Strategie wurde als konkrete Warnung an den Irak interpretiert. Schon beim Zweiten Golfkrieg 1991 war dem Irak der Einsatz von Massenvernichtungswaffen angedroht worden, sollte er selbst solche gegen die US-Streitkräfte einsetzen. Die Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen ist eine Fortschreibung älterer Konzeptionen; die letzte Formulierung war 1993 in der ersten Präsidentschaft von Bill Clinton erfolgt. Zu dieser Zeit lag der Schwerpunkt auf der Durchsetzung der Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen durch politisch-diplomatische Maßnahmen. Schon damals war aber der Einsatz von Massenvernichtungswaffen als Gegenmaßnahme angedroht worden.

Die neue Strategie stellt eine neue Art der Abschreckung dar. Sie besteht aus drei Säulen: Erstens aus der Weiterverfolgung der traditionellen Politik der Nichtweiterverbreitung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung. Dazu kommen passive Schutzvorkehrungen, das Folgenmanagement; es besteht in der Vorbereitung der USA für den Fall, dass es zu einem Angriff mit

Massenvernichtungswaffen kommt. Wesentlich aber ist die aktive Schutzvorkehrung, die Gegenproliferation, die schon in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie vom September 2002 aufscheint; sie besteht (außer in der Raketenabwehr und in der Zerstörung militärischer Ziele) in der Abschreckung durch Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen.

Die USA verfügen damit über eine integrierte Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen; eine integrierte Politik in diesem Bereich haben sie hingegen noch nicht. Statt einheitlicher Anwendung der Strategie gegen jeden werden länderspezifische politische Strategien verfolgt: Massenvernichtungswaffen besitzende Länder werden unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob man sie gerade braucht oder nicht. Im Falle des Irak war es der Präventivkrieg, der ursprünglich nicht aus humanitären Gründen zur Befreiung der Iraker von ihrem Terrorregime, sondern zur Verhinderung der weiteren Entwicklung von Massenvernichtungswaffen geführt wurde. Im Falle Nordkoreas wird eine andere Strategie umgesetzt werden.



6. Der jüngste Streit um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm

6.1. Die Vorgeschichte

Das nordkoreanische Atomwaffenprogramm ist freilich schon ein altes Problem. Nachdem Nordkorea in den sechziger Jahren aus Moskau den ersten nuklearen Forschungsreaktor erhalten hatte und Atomtests in China und der Sowjetunion besucht hatte, trat es erst 1985 unter Druck der Sowjetunion dem Atomwaffensperrvertrag bei. Bereits 1993 wollte Nordkorea aus dem Atomwaffensperrvertrag wieder austreten, 1994 erfolgte der tatsächliche Austritt. 1994 gab es dann das Rahmenabkommen von Genf, in dem sich Nordkorea zur Einstellung seines Nuklearprogramms zur Plutoniumerzeugung und zur weiteren Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag verpflichtete. Im Gegenzug verpflichteten sich die USA, ein internationales Konsortium zu gründen (Korean Peninsula Energy Development Organization – KEDO, an der unter anderem die USA, Japan, Südkorea und die Europäische Union beteiligt sind), das Nordkorea zwei moderne Leichtwasserreaktoren zur friedlichen Nutzung von Kernenergie bauen und bis zu deren Übergabe (geplant war 2003) jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl zur Sicherstellung der Energieversorgung liefern würde. Vor der Übergabe der

neuen Atomkraftwerke, bei deren Betrieb Plutonium anfällt, müsste Nordkorea allerdings gegenüber internationalen Inspektoren glaubhaft machen können, dass es kein Plutonium aufbereitet habe.

Die Umsetzung dieses Abkommens hat sich erheblich verzögert. In den USA hat der Widerstand im Kongress zu Verzögerungen bei der Heizöllieferung geführt. Nordkorea nahm daraufhin die Plutoniumerzeugung wieder auf und verweigerte internationalen Inspektoren den Zugang zu verdächtigen Anlagen.

Von der Administration Bush jr. wurde Nordkorea in Folge links liegen gelassen. Amerikanisches Entgegenkommen wurde von nachvollziehbaren Schritten der Abrüstung insbesondere im Nuklearbereich und bei Raketen, aber auch im konventionellen Bereich zur Entspannung an der innerkoreanischen Grenze abhängig gemacht. An humanitärer Hilfe wurde aber weiterhin festgehalten und – trotz einzelner Querschüsse – die Entspannungspolitik Südkoreas akzeptiert.

Obwohl die USA zum Schluss kamen, dass Nordkorea seine Verpflichtung aus dem Rahmenabkommen von 1994 nicht erfüllt, wurde die Heizöllieferung im Sinne der eigenen Sicherheitspolitik fortgesetzt.

Im Jänner 2002 bezeichnete Bush jr. dann Nordkorea zusammen mit dem Irak und dem Iran als Teil der „Achse des Bösen“. Außerdem wurde Nordkorea vom Pentagon zusammen mit sechs anderen Ländern als potenzielles Ziel amerikanischer Atomangriffe



deklariert. Nordkorea reagierte darauf mit propagandistischen Ausfällen und mit Drohungen gegen die USA und verschlechterte seine Beziehungen zu Südkorea drastisch. Im Juni 2002 kam es sogar zu einem kleinen Seegefecht zwischen Nord- und Südkorea im Gelben Meer. Doch im Spätsommer kam es dann wieder zu einem überraschenden, durch Nordkoreas wieder verbindlicher gewordenen Verhalten einsetzenden Tauwetter (– was wohl auf die wirtschaftlich katastrophale Lage Nordkoreas zurückzuführen war). Nordkorea bot den USA, Japan und Südkorea neue Gespräche an, zu denen es dann auch kam.

6.2. Die aktuelle Situation – Chronologie

Dazu gehörte auch der Besuch Kellys am 3. und 4. Oktober 2002 in Nordkorea, der die aktuelle Problematik ausgelöst hat. Er erfolgte nach einer zweijährigen Unterbrechung der Gespräche zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten. In dieser Zeit hatten Südkorea (schon seit längerem) und Japan versucht, ihre Beziehungen zu Nordkorea zu verbessern. Südkorea hatte außerdem wiederholt versucht, auf die USA positiv hinsichtlich deren Dialogbereitschaft gegenüber Nordkorea einzuwirken.

Die amerikanische Politik zielte auf enge Kooperation mit ihren Verbündeten Südkorea und Japan, um gemeinsam auf eine sofortige Beendigung des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms zu drängen. Die USA drängten

gleichzeitig aber sowohl Südkorea als auch Japan zu einer zurückhaltenderen Politik gegenüber Nordkorea, um Nordkorea durch politische und vor allem ökonomische Isolierung zur Einlenken zu bewegen.

Washington strebte im Falle Nordkoreas immer eine diplomatische Lösung an und betonte, dass im Gegensatz zu den Vorgängen gegenüber dem Irak keine militärischen Pläne vorliegen.

Obwohl die USA von Anfang an eine diplomatische Lösung zur Beendigung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms suchten, war die Ausgangsposition die, dass es nicht zu Verhandlungen mit Nordkorea kommen würde, bevor dieses nicht das Atomwaffenprogramm eingestellt habe. Sowohl Nordkorea als auch die USA betrachteten das Rahmenabkommen 1994 von Genf als nichtig.

Nordkorea verlangte von den USA einen Dialog über wechselseitige Sicherheitsbedenken. Es wollte die Unterzeichnung eines Nichtangriffpakt zwischen den USA und Nordkorea erreichen. Obwohl die USA anfänglich einem direkten Dialog auswichen, war klar, dass aufgrund der auch von den USA angestrebten Verhandlungslösung letztlich kein Weg an direkten Verhandlungen mit Nordkorea vorbeiführen würde.

Nordkorea hat im Oktober/November 2002 sehr trotzig auf seinem Recht beharrt, ein eigenes Atomwaffenprogramm zu haben, gleichzeitig aber auch seine Bereitschaft dargelegt, mit den USA über die Stilllegung seiner



Anlagen zur Atomanreicherung zu verhandeln und einen Nicht-angriffspakt abzuschließen.

Nachdem sich Nordkorea offenbar nicht an die dabei eingegangene Gegenleistung der Einstellung seines Nuklearwaffenprogramms hielt, vertrat Washington die Auffassung, dass das gesamte Abkommen von 1994 damit als nichtig zu betrachten sei. Südkorea und Japan machten sich aber für eine Fortsetzung des Programms einschließlich der weiteren Lieferung von Heizöl stark.

Nachdem sich die USA bereits Mitte November des Vorjahres zu einer Beendigung ihrer Heizöllieferungen entschlossen hatten, kündigte Nordkorea an, seine stillgelegten Nuklearanlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Aus nordkoreanischer Sicht haben die USA damit zuerst das Rahmenabkommen von 1994 gebrochen. Es liege nun ausschließlich in den Händen der USA, ob Nordkorea seine Atomanlagen zur Herstellung von waffenfähigem Plutonium reaktivieren oder wieder einfrieren werde (Dezember 2002). Kommentatoren sahen darin die einzige Möglichkeit des nordkoreanischen Regimes, das sein Land an den wirtschaftlichen Abgrund geführt hat, durch solche Geschäfte beziehungsweise durch politische Erpressung mit Hilfe atomarer Drohgesten zu Geld zu kommen.

Von der Nuklearanlage von Yongbyon, die 1994 stillgelegt und versiegelt worden war, wurde vermutet, dass dort in den früheren neunziger Jahren waffenfähiges Plutonium produziert worden war,

das zur Herstellung von mindestens einer Atombombe ausreicht. Obwohl die Anlage von einem Inspektorenteam der Internationalen Atom-Energie-Agentur in Wien (IAEA) kontrolliert wurde, ist es unklar, wie viel Plutonium, das bei der Entsiegelung der Anlagen innerhalb kurzer Zeit für den Bau von Atomwaffen verwendet werden könnte, wirklich vorhanden war, da die Bewegungsfreiheit der in Nordkorea tätigen Inspektoren stark eingeschränkt war.

In konsequenter Verfolgung seiner Ankündigungen beziehungsweise Drohungen begann Nordkorea in der zweiten Dezemberhälfte 2002 mit der Demontage von Überwachungsanlagen an bisher stillgelegten Nuklearreaktoren. Nach Ansicht der USA haben die Nordkoreaner die bestehenden Abkommen über die Überwachung schon seit geraumer Zeit verletzt. Nach der Entsiegelung eines Lagers mit 8000 abgebrannten atomaren Brennstäben erklärte die IAEA, dass sie ihre Aufgabe zur Überwachung des nordkoreanischen Atomprogramms immer weniger erfüllen könnte. Zur Energiegewinnung waren die Brennstäbe bereits nutzlos.

Ende Dezember 2002 hatte Nordkorea dann die Aufgabe der IAEA einseitig für beendet erklärt und deren Inspektoren zum Verlassen des Landes aufgefordert. Der letzte Inspektor der IAEA verließ Ende 2002 Nordkorea. Nordkorea hatte sich damit jeglicher internationaler Kontrolle seines Atomprogramms entzogen. Dies war auch ein beunruhigender



Präzedenzfall im Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen, wie der Generaldirektor der IAEA, Mohammed al-Baradei, ausführte. Mit den 8000 abgebrannten Brennstäben, die in Yongbyon eingelagert waren, sei laut Einschätzung von Experten innerhalb weniger Monate die Herstellung von fünf oder sechs Atombomben möglich.

Die Vorgangsweise Nordkoreas, das die Aufgabe der IAEA einseitig für beendet erklärt und die Inspektoren zum Verlassen des Landes aufgefordert hatte, kann tatsächlich einen beunruhigenden Präzedenzfall im Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen abgeben.

Nordkorea drohte auch in verklausulierter Form mit einem Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag. Solches war bereits im März 1993 einmal erfolgt, nachdem die Inspektoren der IAEA, die im Rahmen des Safe-Guard-Abkommens die Nuklearanlagen von Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrages kontrollieren, mehr Bewegungsfreiheit für ihre Sonderinspektionen gefordert hatten. Unmittelbar vor dem Ende der Kündigungsfrist hatte Nordkorea allerdings die Kündigung dieses Atomwaffensperrvertrages suspendiert. Es ließ sich jedenfalls wieder in den Atomwaffensperrvertrag einbinden, was wohl damals auf die Dialogbereitschaft Washingtons gegenüber Nordkorea zurückzuführen war

und zum Abkommen von Genf 1994 geführt hatte.

Am 10. Jänner 2003 erklärte Nordkorea dann neuerlich den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag. Die nordkoreanische Führung bezeichnete dies als Akt der Selbstverteidigung gegen die feindliche Politik der USA. Nordkorea beabsichtige aber vorerst nicht, weitere Atomwaffen herzustellen.

Eine deutliche Veränderung des amerikanischen Kurses gegenüber Nordkorea zeichnete sich Mitte Jänner 2003 ab. Bislang wurde stets betont, dass Nordkorea für die Einhaltung internationaler Vereinbarungen und somit für die Beendigung seines Atomprogramms nicht belohnt werden dürfe. Gespräche, aber keine Verhandlungen, lautete die Maxime. Dann aber wurde Nordkorea doch amerikanische Unterstützung bei der Lösung seiner schweren Energieprobleme in Aussicht gestellt, falls das kommunistische Regime sein Atomprogramm einstelle. Wenn man das Thema der Nuklearwaffen einmal hinter sich lassen könne, gäbe es vielleicht Möglichkeiten, dass die USA und private Investoren anderer Staaten Nordkorea im Energiebereich zu Hilfe kämen, erklärte Kelly bei einer Pressekonferenz am 13. Jänner 2003. Es hatte sich schon in der Vergangenheit herausgestellt, dass Nordkorea mit bloßer Druckausübung, politischer Isolierung und der Androhung von Wirtschaftssanktionen nicht zum Einlenken bewegt werden kann. Insbesondere Südkorea kritisierte



die amerikanische Strategie der maßgeschneiderten Eindämmung durch Druckausübung und Isolierung offen. Südkoreanische Politiker geben den USA eine nicht geringe Mitschuld an der angespannten Lage auf der koreanischen Halbinsel. Es wurde kritisiert, dass die Administration Bush die Beschwichtigungspolitik Clintons trotz angeblich hoffnungsvoller Signale aus Pjöngjang nicht fortsetzte und mit der Einreihung Nordkoreas in die Achse des Bösen den unberechenbaren Nachbarn noch zusätzlich provozierte. Bush hat tatsächlich kurz nach seinem Amtsantritt die „Sonnenscheinpolitik“ des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung öffentlich desavouiert und damit den innerkoreanischen Annäherungsprozess faktisch gelähmt.

Trotz des Konfliktes über das nordkoreanische Militärwaffenprogramm boten die USA weitere Lebensmittelhilfeunterstützung für Nordkorea an, nachdem die Lebensmittelhilfe im Dezember 2002 vorübergehend eingestellt worden war (25.2.2003).

6.3. Aspekte der strategischen Entwicklung

Nordkorea betrachtet sich – zumindest offiziell – als von den USA und deren Verbündeten Japan und Südkorea in gewisser Weise bedroht, sieht sich wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen ausgesetzt und durch einen möglichen neuerlichen Stopp der Heizöllieferungen bedroht, so dass ihm nichts anderes übrig bleibe, als die Mittel

zu seiner Selbstverteidigung zu beschaffen.

Nordkoreas Drohgebärden verschärfen sich im Januar 2003. Für den Fall von Wirtschaftssanktionen wurde den USA unverhohlen mit Krieg gedroht. Sanktionen würden Krieg bedeuten und Krieg kenne keine Gnade, sagte die staatliche Nachrichtenagentur CAN (7.1.2003).

Pjöngjang kritisierte die von Washingtons Sicherheitsexperten ausgearbeitete Strategie der „maßgeschneiderten Eindämmung“. Diese Politik bedeutet nach nordkoreanischer Lesart nichts anderes als die Anwendung totaler Wirtschaftssanktionen mit dem Ziel der Isolierung und Erstickung Nordkoreas.

Außerdem drohte Nordkorea mit der Wiederaufnahme von Raketentests. (Nordkorea hatte seine Raketentests 1999 ausgesetzt und auch im September 2002 die Fortsetzung des Moratoriums über das Jahr 2003 hinaus in Aussicht gestellt.) Man sehe sich dazu gezwungen, weil die USA einen Präventivschlag gegen Nordkorea planten. Nordkorea sei durchaus gewillt, seine hochgerüstete Armee und letztlich sein Volk für den Krieg zu mobilisieren. Ein Redner erklärte sogar, dass, sollten die USA den Krieg ins Land schicken, man diese und damit die Quelle allen Übels auf der Weltkarte ausradieren werde. Nordkorea hat den USA mit totalem Krieg gedroht, sollte Washington im Atomstreit zu einen Präventivschlag ausholen (so die staatliche Zeitung „Rodong Sinmun“ vom 6.2.2003).



US-Verteidigungsminister Rumsfeld erklärte trotz der klar dargelegten amerikanischen Absicht einer diplomatischen Konfliktlösung im Hinblick auf die Vorbereitung des Irak-Krieges, dass die USA zur Austragung von mehr als nur einem militärischen Konflikt gleichzeitig in der Lage seien. Nordkorea solle nicht darauf setzen, dass sich die Welt sehr stark auf den Irak-Konflikt konzentriert; das sei ein Fehler. Sie können gleichzeitig gegen den Irak und Nordkorea militärische Aktionen durchführen. Der Vorsitzende des Außenausschusses im amerikanischen Senat, Senator Lugar, bezeichnete das nordkoreanische Atomprogramm als Bedrohung für die USA, da Nordkorea auch Versuche mache, sich Langstreckenraketen zu verschaffen. Die Lage sei daher für Südkorea und Japan, potenziell aber auch für die Vereinigten Staaten sehr gefährlich.

Die USA planten jedenfalls eine Verstärkung ihrer Streitkräfte in Japan durch Zuführung weiterer F-15-Kampfbomber und U-2-Aufklärungsflugzeuge. Weiters wurde berichtet, das Tokio und Washington gemeinsame Experimente für ein satellitengestütztes Raketenabwehrsystem vereinbart hätten, mit denen im Frühjahr 2004 auf Hawaii begonnen werden sollte. Bislang waren die beiden Länder lediglich darin übereingekommen, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu prüfen. Es dürfte ein Teil jener Abschreckungspolitik sein, die ab dieser Zeit gegenüber Nordkorea erfolgte.

Weiters hat das Pentagon ein Geschwader mit 24 Langstreckenbombern auf den US-Stützpunkt Guam verlegt, von wo aus die koreanische Halbinsel leicht erreichbar ist. Damit sollte Nordkorea in der Zeit des Irak-Konfliktes demonstriert werden, dass es nicht der Versuchung weiterer Provokationen erliegen solle.

Nordkorea drohte indes (18.2.2003) mit einer Aufkündigung des nach dem Koreakrieg (1950–1953) unterzeichneten Waffenstillstandabkommens. Dies wurde mit einer angeblichen Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte in Südkorea und mit möglichen Sanktionen gegenüber Nordkorea begründet: Die USA bereiten einen Angriff auf Nordkorea vor und beabsichtigen eine Seeblockade um die Halbinsel. Tatsächlich wurde in amerikanischen Zeitungen berichtet, dass die USA das Einfrieren von Finanztransfers und das Abfangen nordkoreanischer Rüstungslieferungen in Erwägung gezogen haben. (Im Dezember 2002 war ein nordkoreanischer Frachter, der mit 15 Scud-Raketen für den Jemen unterwegs war, über US-Ersuchen von spanischen Kriegsschiffen festgehalten worden. Das Schiff musste aber in der Folge wieder freigegeben werden, zumal gegen das Rüstungsgeschäft keine Rechtsgrund geltend gemacht werden konnte.)

Der Gouverneursrat der IAEA in Wien stellte am 12. Februar 2003 fest, dass Nordkorea seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Atomenergieagentur nicht erfüllt habe und jede



weitere Zusammenarbeit mit der Organisation verweigere. Weiters wurde (mit 31 von 35 Gouverneursstimmen) eine Resolution verabschiedet, die den Wunsch nach einer Lösung der Krise auf diplomatischem Wege verlangte. Russland und Kuwait enthielten sich der Stimme. Zwei Gouverneure waren abwesend.

Nordkorea setzte aber seine Strategie militärischer Provokationen fort: Nachdem es am 24. Februar (einen Tag vor der Amtseinsetzung des neuen südkoreanischen Präsidenten) eine Antischiffsrakete mit einer geschätzten Reichweite von 160 Kilometern getestet hatte, wurde am 10. März auch eine Kurzstreckenrakete ins japanische Meer abgeschossen. (Möglicherweise handelt es sich um die gleiche Rakete wie die im Februar abgeschossene.) Japan betrachtet diesen Test nicht als eine direkte Bedrohung für seine Sicherheit, man erinnert sich aber mit Besorgnis an den Sommer 1998, als Nordkorea eine mehrstufige Mittelstreckenrakete des Typs Taepodong-I über Japan hinweg in den pazifischen Ozean geschossen hatte. Die neuesten Tests wurden von Japan nicht als Verletzung jener Deklaration betrachtet, durch die sich Nordkorea im September 2002 verpflichtet hatte, ein 1999 selbst auferlegtes Raketentest-Moratorium (eine mündliche Zusage, für 3 Jahre auf den Test von Langstreckenraketen zu verzichten) über das Jahr 2003 hinaus zu verlängern. Auch in den USA wurden die Raketentests sehr gelassen zur Kenntnis genommen. Nordkorea sieht sich zur Wiederaufnahme

seiner Raketentests und zum Rückzug aus dem Atomwaffensperrvertrag deshalb gezwungen, weil die USA einen nuklearen Präventivschlag gegen Nordkorea planten.

Anfang März gab es nordkoreanische Warnungen, dass aufgrund der sehr gefährlichen Spannungen, die es derzeit auf der koreanischen Halbinsel gebe, dort jeden Moment ein Atomkrieg ausbrechen könne. Den USA war vorgeworfen worden, allein im Februar 2003 180 Spionageflüge durchgeführt zu haben.

6.4. Nukleare Kapazitäten Nordkoreas

Nordkorea hat in jüngster Zeit wiederholt angekündigt, aufgrund der Energieknappheit und der Einstellung von Heizöllieferungen durch die USA die 1994 stillgelegten Atomanlagen wieder zu reaktivieren. Tatsächlich ist – zuerst nach Meldung amerikanischer Nachrichtendienste – Ende Februar ein Atomreaktor mit einer Leistung von fünf Megawatt (Anlage von Yongbyon) in Betrieb gegangen; er vermag nur geringe Mengen an Elektrizität herzustellen, ist aber imstande, pro Jahr rund 6,5 Kilogramm Plutonium zu produzieren, was zur Herstellung einer Atomwaffe reichen würde. Mit der reaktivierten Anlage könnte Nordkorea also jedes Jahr eine neue Atomwaffe (mit einer Sprengkraft von ca. 20 Kilotonnen TNT) produzieren. Einige Experten vermuteten, dass das Regime bereits in Besitz von einer oder zwei Atomwaffen sei. Nordkorea befindet sich im Besitz von etwa 8000 abgebrannten



Brennstäben, die seit dem Hinauswurf der IAEA-Inspektoren jeglicher Kontrolle entzogen sind. Daraus ließen sich innerhalb einiger Monate ungefähr 30 Kilogramm Plutonium gewinnen, was für die Herstellung von 5 bis 6 Atombomben ausreichen würde. Zur eigentlichen Massenfertigung von Atomwaffen wäre Nordkorea dann fähig, wenn die 1994 eingestellten Bauarbeiten an einem 50-Megawatt-Reaktor in Yongbyon und einem 200-Megawatt-Reaktor in der Nähe der Stadt Taechon erfolgreich abgeschlossen werden. Die Fertigstellung dieser Anlagen würde aber noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Danach wäre Nordkorea jedoch in der Lage, Plutonium zur Herstellung von schätzungsweise 40 Atombomben pro Jahr zu produzieren. Ob Nordkorea bereits zur Fertigung atomarer Sprengsätze fähig ist, ist unter Experten umstritten. Ebenso ist umstritten, ob Nordkorea über eine Technologie verfügt, um seine Raketen mit atomaren Sprengköpfen zu bestücken. Letzteres wird überwiegend bezweifelt.

7. Südkoreanisch-amerikanische Differenzen

Südkoreas schwierige Situation, aber auch schizophrene Politik, wird durch die Absicht der USA beleuchtet, wonach amerikanische Truppen aus der entmilitarisierten Zone zwischen Nord- und Südkorea in weiter entfernte Gebiete innerhalb Südkoreas verlegt oder gar aus dem Land abgezogen werden sollten. Eine diesbezügliche Ankündigung Rumsfelds wurde von der südkoreanischen Regierung mit Beunruhigung aufgenommen. Zwar gibt es in Südkorea immer wieder Forderungen nach Abzug der amerikanischen Truppen, und der neue Präsident Roh Moo Hyun plädierte für ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber dem als dominant empfundenen Bündnispartner USA. Es gibt in Südkorea starke Ressentiments gegenüber den 37 000 dort stationierten amerikanischen Soldaten. Tatsächlich ist Südkorea aber noch immer auf den sicherheitspolitischen Schutz der USA angewiesen und Rumsfelds Ankündigung diene wohl dazu, den Südkoreanern dies wieder stärker bewusst zu machen. Auch der Umstand, dass Nordkorea über die Atomfrage ausschließlich mit den USA verhandeln will, demonstriert die Richtigkeit dieser Einschätzung. Angesichts der dreister werdenden Provokationen Nordkoreas schien nun auch in Seoul ein neuer Realismus Einzug zu halten.



Der südkoreanische Präsident Roh Moo Hyun setzt hinsichtlich Nordkorea ganz auf die Kraft des Dialoges, auf eine Politik des Friedens und der Prosperität mit dem Norden. Natürlich könne Südkorea die nukleare Aufrüstung Nordkoreas nicht hinnehmen, aber der Konflikt müsse friedlich geregelt werden, denn sollte es deswegen zu einem Krieg kommen, würde das Desaster nicht auf die Halbinsel beschränkt bleiben, sondern die gesamte nordostasiatische Region erfassen und Frieden und Stabilität in der Welt bedrohen. Südkorea will den Dialog mit Nordkorea außer mit China auch gemeinsam mit den USA, Japan, Russland und der Europäischen Union führen. Anzumerken ist allerdings, dass der gute Wille, den Rohs Vorgänger Kim Dae-Jung mit seiner „Sonnenscheinpolitik“ dem Norden entgegengebracht hat, von diesem nicht vergolten wurde. Die Regierung Südkoreas wird von Nordkorea nur als Marionette der USA betrachtet und als Verhandlungspartner in militärischen Fragen abgelehnt.

Südkorea ist um Begrenzung der Eskalation bemüht. Ein Präventivschlag Washingtons wäre für die Regierung Roh eine der schlimmsten Szenarien. Südkorea könnte eher mit einem nuklearen als mit einem kollabierten Nordkorea leben – eine Äußerung, die der Präsident dann allerdings wieder zurückzog. Es zeigt jedenfalls, dass Südkorea nicht nur eine nordkoreanische Aggression fürchtet, sondern auch das Chaos und die Last eines zusammenbrechenden Regimes im Norden.

8. Japans Position

Für Japan ist der Atomwaffenbesitz Nordkoreas nicht akzeptabel. Japanische Politiker haben dargelegt, dass Japan alle verfügbaren Mittel einsetzen würde, um das zu verhindern. Es sei für Japan völlig unannehmbar, wenn ein Nachbarland, zu dem man keine diplomatischen Beziehungen unterhält, sich Nuklearwaffen beschaffe. Es gäbe keinen Raum für eine weitere Atommacht. Es gab sogar Behauptungen, dass im japanischen Militär ernsthaft darüber diskutiert werde, die Möglichkeit eines präventiven Militärschlages zu erwägen.

Der unlängst von der japanischen Regierung in Angriff genommene Versöhnungskurs gegenüber Nordkoreas Regime hat durch die Enthüllung über das Atomwaffenprogramm einen Rückschlag erlitten. (Erst im September 2002 beim Gipfeltreffen zwischen dem japanischen Ministerpräsidenten Koizumi und dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-Il in Pjöngjang hatte man sich darauf geeinigt, Gespräche über eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen aufzunehmen.) Japan stellte klar, dass es ohne Fortschritte auf sicherheitspolitischem Gebiet keine Normalisierung des bilateralen Verhältnisses geben könne. Japan strebt in enger Kooperation mit den USA eine friedliche Lösung des Problems an, wobei Nordkorea durch massiven diplomatischen Druck zu einer raschen Aufgabe seines Atomwaffenprogramms gedrängt werden soll.



Ein spezielles Problem Tokios besteht darin, dass es seine Politik gegenüber Nordkorea (etwa Gewährung von Wirtschaftshilfe) nicht nur von bilateralen Fragen (etwa den Streit über die Entführung von Japanern durch Nordkorea) abhängig machen kann, es muss seine Beziehungen zu Nordkorea vielmehr so gestalten, dass sie nicht zu einer Brückierung der USA führen. Aufgrund der militärischen Bedrohungslage muss Japan daran interessiert sein, die USA nicht zu provozieren, da das Land nach wie vor letztlich von amerikanischem Schutz abhängig sein kann. Japanisches Entgegenkommen gegenüber Nordkorea zur Förderung innenpolitischer Ziele findet deshalb dort seine Grenzen, wo dadurch die amerikanische Politik unterlaufen würde. Die Politik Japans und der USA ist sehr stark aufeinander abgestimmt; die Stellungnahmen aus den beiden Außenministerien zur Nordkorea-Frage waren immer deckungsgleich.

Japan hat die Bedrohung durch Nordkoreas Raketenprogramm anschaulicher zu spüren bekommen als andere Länder. 1998 wurde eine mehrstufige Mittelstreckenrakete ohne jede Vorwarnung über Japans Hauptinsel Honshu hinweg in den pazifischen Ozean gefeuert. Zwar bezweifeln Experten, dass Nordkorea bereits über die notwendige Technik verfügt, um auch nukleare Sprengsätze zu entwickeln, die sich auf eine Rakete montieren ließen. Aber die Zeit dazu kann kommen. Dass Nordkorea seine Raketenprogramme weiterentwickelt, muss angenommen werden. Der Export

von Raketen und Raketentechnologie gehört zu den wichtigsten Devisenquellen des abgewirtschafteten Landes. Mit der Nodong-Rakete mit einer Reichweite von 1300 Kilometern können bereits die meisten Teile Japans erreicht werden. Mit der Taepodong-I, die bis zu 2000 Kilometer weit fliegen kann, ist ganz Japan zu erreichen. Die in der Entwicklung befindliche Taepodong-II-Rakete soll eine Reichweite von bis zu 6000 Kilometern erreichen und könnte – wenn fertig entwickelt – Teile Hawaiis und Alaskas, also bereits amerikanisches Staatsgebiet, erreichen.

Japan selbst dürfte in Nordkorea kein allzu großes Gewicht zugemessen werden. Dessen wichtigste Gesprächspartner ist außer den USA sicherlich China. Nordkorea wies aber auch wiederholt darauf hin, dass Japan nicht gut beraten sei, mit der amerikanischen Politik der Isolierung Nordkoreas mitzuziehen, denn Japan sei das Land, das – mit Anspielung auf das nordkoreanische Raketenprogramm – einen hohen Preis bezahlen werde, wenn es die bisherige US-Politik unterstütze. In Japan ist man sich bewusst, dass die eigene Rolle bei der Lösung des Konfliktes vor allem in der Leistung von Wirtschaftshilfe für Nordkorea bestehen würde. Die Annäherungspolitik an Nordkorea ist jedenfalls vorläufig völlig zum Stillstand gekommen.



9. China und Russland

Russland und China unterhalten – historisch bedingt und aufgrund der geopolitischen Gegebenheiten – relativ enge beziehungsweise relativ freundschaftliche Beziehungen zum nordkoreanischen Regime und sie gelten als die einzigen Länder, die im amerikanisch-nordkoreanischen Streit um das Atomwaffenprogramm Einfluss auf Nordkorea nehmen können. Beide fordern, dass Nordkorea atomwaffenfrei bleibt, und wollen eine Beilegung der aktuellen Krise mit diplomatischen Mitteln.

In erster Linie ist Peking imstande, Druck auf das kommunistische Nordkorea auszuüben. Das gilt insbesondere für die Kontrolle der Transportverbindungen sowie die Lebensmittel- und Energielieferungen.

Auf chinesische Unterstützung gegenüber Nordkorea hofft auch die südkoreanische Regierung. Obwohl mit Nordkorea ideologisch enger verbunden, hat China in den letzten Jahren eine Bevorzugung Südkoreas als wichtigeren Handelspartner offen dargelegt.

Peking hat das nordkoreanische Regime wegen des Atomprogramms mit ungewohnt deutlichen Worten getadelt. Es fragt sich aber, ob der langjährige Verbündete neben verbalen Interventionen sich auch für harte Sanktionen entscheiden wird. Eine solche Politik könnte auch bewirken, dass Nordkorea wirtschaftlich total

kollabiert; das ist aber weder im Interesse Chinas noch Südkoreas. Bei China geht es sowohl um eine Verschärfung des Flüchtlingsproblems an der der gemeinsamen Grenze als auch – langfristig gesehen – darum, dass Nordkorea nicht durch eine Wiedervereinigung mit dem Süden als eine Pufferzone gegenüber Südkorea und damit der Stationierung amerikanischer Truppen verloren geht. China wünscht keine Grenze mit einem Land, in dem amerikanische Truppen stationiert sind oder das ein Verbündeter der USA ist.

Auch Russland hat Nordkorea aufgefordert, auf Nuklearwaffen zu verzichten. Russland hat ebenfalls die Entscheidung Nordkoreas, die Inspektoren der IAEA auszuweisen und sein Atomprogramm ohne internationale Kontrolle wieder aufzunehmen, verurteilt.

Sowohl China als auch Russland haben sich als Vermittler in der Nordkorea-Krise angeboten. Nordkorea hat allerdings noch im Februar dieses Jahres betont, dass es an einer internationalen Lösung des Problems nicht interessiert sei, und hat auch einen russischen Vermittlungsplan abgelehnt, obwohl die russischen Beziehungen zu Nordkorea derzeit besser sind als die Pekings.

Pjöngjang ist verärgert über die deutliche Verbesserung der chinesischen Beziehungen mit Südkorea, wodurch die Beziehungen Nordkoreas zu China deutlich abgekühlt wurden. Auch die Flüchtlingsfrage (zehntausende nordkoreanische Flüchtlinge halten sich illegal in China auf) belastet



die Beziehungen, zumal China eine Reihe von solchen Flüchtlingen – trotz eines Auslieferungsabkommens mit Nordkorea – die Ausreise nach Südkorea gestattet hat. Immerhin hat aber China im Zusammenhang mit der aktuellen Krise Nordkorea erstmals öffentlich deutlich kritisiert, wobei der Rückzug Nordkoreas aus dem Atomwaffensperrvertrag verurteilt wurde. So kam auf das nach einigem Zögern kommende chinesische Angebot, Gastgeber möglicher nordkoreanisch-amerikanischer Gespräche zu sein, ursprünglich keinerlei Reaktion aus Nordkorea und es schien, dass der Einfluss Chinas auf Nordkorea tatsächlich verloren sei.

China nimmt eine Rolle als eine Art stille Vormacht in der Region ein; es ist aber in einer unangenehmen Lage, weil hohe Erwartungen an seine Konfliktmanagementfähigkeiten gestellt werden. Nicht nur Amerika hofft, dass China Einfluss auf Nordkorea zur Mäßigung nehmen kann. China wird aber auch vorgeworfen, dass es zu vorsichtig und zu sanft mit Pjöngjang umgehe. China hängt seine Aktivitäten allerdings nicht an die große Glocke und bemüht sich im Rahmen von geheimer Diplomatie um die Durchsetzung seiner Vorstellungen. Schließlich gelang es den Chinesen auch, eine trilaterale Gesprächsrunde Nordkorea-USA-China zusammenzubringen, wobei es keine Rolle spielt, ob China tatsächlich ein Gesprächspartner oder nur Gastgeber war. Unklar ist, ob China mehr Einfluss ausüben könnte, wenn es wollte, oder ob man das starkköpfige Regime in Nordkorea

einfach nicht so leicht zur Räson bringen kann. Man verweist in China gerne darauf, dass Nordkorea noch in den Denkweisen des Kalten Krieges verharrt. China lehnt aber nach wie vor Sanktionen oder andere Druckmittel gegen Nordkorea ab.

10. Nordkoreanisch-amerikanische Auffassungsunterschiede zur Konfliktlösung

Die CIA erklärte schon 1994, dass Nordkorea ein oder zwei Atombomben produziert haben könnte. Seit dem 11. September 2001 sorgen sich die USA auch verstärkt wegen des Verkaufes von Raketen, möglicherweise von nuklearem Spaltmaterial in alle Welt.

Die zwei Leichtwasserreaktoren, die aufgrund des Abkommens von 1994 gebaut werden sollen, bringen kaum Anfall von waffenfähigem Material. Die USA begannen mit der jährlichen Lieferung von 500 000 Tonnen schweren Heizöls, die Nordkoreas Kraftwerke notdürftig am Leben hielten. Der Administration Bush jr. gefiel diese Vereinbarung allerdings nicht. Man hatte damals



den Besuch des Sondergesandten Kelley akzeptiert – in der Hoffnung, dass er Vorschläge für die Verbesserung der amerikanisch-nordkoreanischen Beziehungen mitbringe. Kelley habe sich aber nach nordkoreanischer Auskunft sehr arrogant benommen und nach seiner Rückkehr das Gerücht verbreitet, dass Nordkorea Atomwaffen entwickle. Die daraufhin im Dezember 2002 erfolgte (vorübergehende) Unterbrechung der Lieferung von schwerem Öl hat Nordkorea tatsächlich schwer getroffen. Durch diesen Stop der Schweröl-Lieferungen ist Nordkorea, das sich in den vergangenen Jahren intensiv um Verbesserung seiner Kontakte zu den USA und Europa bemüht und sich schrittweise geöffnet hatte, wieder auf eine konfrontative Politik gegenüber den USA eingeschwenkt.

Der Irak-Krieg wurde in Nordkorea natürlich mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er schien die Angst vor einer Attacke der USA weiter gesteigert zu haben, denn weder die Weltöffentlichkeit noch die Vereinten Nationen konnten den amerikanischen Angriff auf den Irak verhindern. Deshalb – so Beamte des Außenministeriums – ist Nordkorea zur Schlussfolgerung gelangt, dass es einen Angriff der Amerikaner nur mit militärischer Abschreckung und modernsten Waffen abwehren könne.

In den USA wurde der Administration Bush jr. vorgeworfen, die Nuklearkrise auf der nordkoreanischen Halbinsel herunterzuspielen und durch die eigene Untätigkeit noch weiter zu ver-

schärfen. Maßgebliche Außenpolitiker im Senat meinten, dass das Regime in Pjöngjang bereits Vorbereitungen für eine Serienproduktion für Atomwaffen getroffen habe und die amerikanische Regierung nichts dagegen unternehme. Die Regierung solle unverzüglich direkte Gespräche mit Nordkorea aufnehmen, weil die Taktik, das kommunistische Land weiter zu isolieren, sinnlos sei; man könne Nordkorea ohnedies nicht mehr isolieren, als das bisher schon durch die Selbstisolierung Nordkoreas der Fall sei.

Andererseits gibt es in den USA auch politische Kreise, die von Gesprächen mit Nordkorea nichts halten, weil sie zu nichts führen würden; stattdessen sollte man mit China gemeinsam auf einen Sturz des Regimes von Kim Jong-II hinarbeiten.

Erst nach einem halben Jahr nach Beginn der Atomkrise in Nordkorea kam es zu einer ersten Gesprächsrunde.

Die Regierung Bush sucht im Falle Nordkoreas ganz offensichtlich die Abstimmung in der Region und will vermeiden, dass Nordkorea die einzelnen Länder gegeneinander ausspielt. Anders als zu Beginn der Administration Bush jr. wird jetzt im Falle Nordkoreas auf Diplomatie gesetzt. Die USA wollen – überprüfbar – eine Aufgabe des nordkoreanischen Atomprogramms erreichen. Während die USA zwar die geopolitischen Gegebenheiten im Raume Ostasien akzeptieren und mit einer Beibehaltung des Status quo einverstanden sind, so ist dies hinsichtlich des nordkoreanischen



Atomwaffenprogramms nicht der Fall, man will den Abbau aller nordkoreanischen Atomwaffenprogramme erreichen.

Nordkoreas Zielsetzung wird dadurch dominiert, dass es dem Regime in erster Linie darum geht, sich selbst zu erhalten. Deshalb sollen die USA einem Nichtangriffspakt zustimmen und das heruntergewirtschaftete Land mit Hilfsleistungen versorgen, insbesondere im Bereich Finanzen, Energie, Unterstützung der Infrastrukturprojekte, Nahrungsmittel und Dünger sowie im Gesundheitswesen.

Skeptiker sehen allerdings wenig Chancen, dass Nordkorea tatsächlich bereit ist, seine Atomprogramme einzustellen, denn diese sind neben dem Verkauf von Raketentechnologie die einzige Verhandlungsmasse, die das Regime noch in der Hand hat. Außerdem müsse Nordkorea befürchten, nach dem Ende des Irak-Krieges als zweiter in der Reihenfolge der Achse des Bösen nach dem Irak nun ins Visier der USA zu kommen, könne also nicht auf Abschreckungsfähigkeit verzichten. Optimisten hingegen argumentieren, dass der schnelle und erfolgreich geführte Irak-Krieg den Machthabern in Pjöngjang eigentlich eine Lehre sein müsste und dass es ihnen klar sein müsste, dass ein Überleben ohne Hilfe von Außen auf längere Sicht unmöglich ist.

Die im April 2003 nach dem Ende des Irak-Krieges abgegebene Erklärung Nordkoreas, dass die Lehre aus dem Irak-Krieg die sei, dass ein Land ein mächtiges physikalisches Abschreckungs-

mittel besitzen müsse, um seine Sicherheit und Souveränität verteidigen zu können (was nichts anderes bedeutet als den Besitz von Atomwaffen), würde der letzten Erwägung allerdings widersprechen. Wenn das keine rein taktische Behauptung, sondern die wahre Überlegung im nordkoreanischen Regime war, dann ist die amerikanische Intention im Irak-Krieg nicht aufgegangen. Dieser sollte nämlich demonstrieren, wie Länder, die sich in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu setzen versuchen, behandelt werden.

11. Schwierige Verhandlungslösung

Hinsichtlich der Frage von Verhandlungen oder Gesprächen zwischen Nordkorea (bilaterale Verhandlungen zwischen den USA und Nordkorea) und den USA (multilaterale Verhandlungen mit Einbeziehung von insbesondere auch Südkorea und Japan) kam es dann Mitte April 2003 zu einem Kompromiss: Nordkorea und die USA sollten gemeinsam mit China über Wege einer friedlichen Beilegung des Streites beraten. Südkorea, Japan und Russland sollten aber nach amerikanischen Vorstellungen zu einem späteren Zeitpunkt in die Verhandlungen



einbezogen werden. Die Kompromissbereitschaft Nordkoreas war auf den jüngsten Druck Chinas zurückzuführen, vermutlich auf die Drohung, die Energiezufuhr nach Nordkorea abzuschneiden beziehungsweise zu unterbrechen.

Am 21. April hat das nordkoreanische Regime dann in Abschwächung seiner militärischen Drohgebärden mitgeteilt, im Rahmen seines Atomprogramms noch nicht mit der Wiederaufbereitung der über 8000 abgebrannten Kernbrennstäbe begonnen zu haben. Hätte Nordkorea mit der Produktion waffenfähigen Plutoniums bereits begonnen, so wäre die amerikanische Seite wohl kaum zur Gesprächsaufnahme bereit gewesen.

Die dreiseitigen Gespräche am 23. April 2003 in Peking zwischen den USA, Nordkorea und China sind in gespannter Atmosphäre zu Ende gegangen, ohne dass es den USA gelungen wäre, die Nordkoreaner von ihrer konfrontativen Haltung im Atomstreit abzubringen. Nordkorea hat sogar neue Drohungen ausgesprochen und gab – geradezu demonstrativ – zu, über Nuklearwaffen zu verfügen. Der nordkoreanische Delegationsleiter behauptete (im Widerspruch zu einer gegenteiligen Meldung wenige Tage vorher), dass sein Land die Aufarbeitung von 8000 abgebrannten Kernbrennstäben aus dem kürzlich reaktivierten Nuklearkomplex von Yongbyon praktisch abgeschlossen habe; die Frage sei nur noch, was mit dem gewonnenen Plutonium geschehen solle. Weiters habe er dem amerikanischen Delegationsleiter

erklärt, dass Nordkorea bereits Atomwaffen besitze. Die Interpretationen dieser Äußerungen gingen dahin, dass Nordkorea androhen wolle, seinen ersten Atomtest durchzuführen oder auch dahin, Atombomben beziehungsweise Nuklearmaterial zu exportieren. Diese Äußerung ist aus amerikanischer Sicht freilich weniger zur Herstellung einer guten Verhandlungssituation geeignet als zur weiteren Eskalation. Amerikanische Kommentare kamen allerdings auch zum Ergebnis, dass es sich bei diesen Erklärungen (um die erfolgreiche Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben) um einen Bluff handle. Da die USA schon seit längerem davon ausgehen, dass Nordkorea bereits ein oder zwei Atombomben besitzen könnte, hatte auch das Eingeständnis des Besitzes von Atomwaffen keinen Neuigkeitswert. Hingegen würde die Wiederaufbereitung von Brennstäben von Washington als eine ernste Provokation aufgefasst werden.

Das nordkoreanische Regime will beim neuesten Konflikt eine Einigung nach dem Muster des Rahmenabkommens von 1994 erreichen, also Wirtschaftshilfe, Sicherheitsgarantie und volle diplomatische Beziehungen mit den USA einerseits gegen andererseits nur vage Aussicht auf einen nordkoreanischen Atomwaffenverzicht, der bestenfalls nach massiven amerikanischen Vorleistungen auch wirklich realisiert würde. Die USA hingegen bestehen darauf, dass Nordkorea seine Atomprogramme zuerst überprüfbar abbaut, bevor es Belohnungen



erhält. Die Abweichung vom Rahmenabkommen von 1994 beziehungsweise die Weiterführung des Atomprogramms dürfe nicht zu Belohnungen für Nordkorea führen.

Das Treffen Ende April 2003 bedeutete den ersten formellen Direktkontakt seit Ausbruch der Krise vor einem halben Jahr. Derzeit überwiegt in den USA die Präferenz für eine diplomatische Lösung des Konfliktes. Es ist gelungen, Nordkorea in Gesprächen den eigenen Standpunkt deutlich zu machen und gleichzeitig China als Partner an Bord zu holen. Hingegen hat sich für die Anhänger eines schärferen Kurses bestätigt, dass Nordkorea als Gesprächspartner völlig unglaubwürdig ist und mit Besänftigungen nicht von seiner Erpressungspolitik abzubringen ist. So unterschiedlich kann man also das Zustandekommen der Dreiergespräche bewerten.

Da dem nordkoreanischen Regime durchaus zugetraut wird, (nachdem es ja schon mit Raketen und auch mit Heroin gehandelt hat) auch noch Atomtechnologie und Nuklearmaterial zu exportieren, können die Anhänger einer schärferen amerikanischen Politik und einer Verhängung stärkerer Sanktionen oder gar einer Seeblockade durchaus noch Zulauf gewinnen.

Nordkorea sucht Sicherheitsgarantien der USA und dessen diplomatische Anerkennung. Man will jene Politik fortsetzen, mit der man nach 1994 die Administration Clinton über den Tisch gezogen hatte, also einen Dreipass für die

Fortführung der eigenen unberechenbaren Politik erlangen. Denn die USA leisteten die versprochene wirtschaftliche Hilfe, während sich Nordkorea im Verborgenen über seine Zusagen über die Einfrierung des Atomprogramms hinwegsetzte.

Tatsächlich geht es beim Atomstreit nicht um ein bilaterales Problem zwischen den USA und Nordkorea, das mit einem Nichtangriffspakt aus der Welt zu räumen wäre. Die USA haben ja Nordkorea noch gar nie mit Krieg gedroht (lediglich im Zuge der Vorbereitung des Irak-Krieges festgestellt, dass sie dazu im Stande wären), das nordkoreanische Regime den Amerikanern jedoch sehr wohl.

Festzustellen ist auch, dass Nordkorea seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der IAEA nicht erfüllt hat. Deshalb wäre wohl die Voraussetzung für Zugeständnisse der USA und ihrer Verbündeten ein international verifizierter Verzicht Nordkoreas auf Massenvernichtungswaffen und insofern gehört das Thema Nordkorea wohl auch auf die Agenda des UNO-Sicherheitsrates. Der hielt sich jedoch in dieser Frage – nicht zuletzt wegen des Widerstandes aus Peking und Moskau – bedeckt.

Nordkorea legte beim trilateralen Gespräch Ende April einen Plan zur Beilegung des Atomstreits vor. US-Außenminister Powell sagte eine gründliche Prüfung dieser Vorschläge gemeinsam mit Südkorea, Japan, China, Russland und Australien zu, wies jedoch sogleich darauf hin, dass die



Vorschläge in die falsche Richtung zielten. Von nordkoreanischer Seite habe man den Amerikanern einen „neuen mutigen Vorschlag“ unterbreitet. Es habe in Peking seine Bereitschaft gezeigt, seine Atompläne aufzugeben, allerdings nur einhergehend mit gleichzeitigen amerikanischen Gegenleistungen. Doch war unklar, ob es sein Atomprogramm aufzugeben oder nur auszusetzen gedenke. Auch der Stop des Verkaufs von ballistischen Raketen sei angeboten worden.

Dann hieß es jedoch, dass Nordkorea sein Atomwaffenprogramm vollständig einstellen werde, wenn die USA dafür Schritte zur Normalisierung der Beziehung unternehmen. Man rückte von der Forderung nach einem Nichtangriffspakt mit den USA ab, wollte aber politische und wirtschaftliche Beziehungen und eine Garantie, dass Amerika keinen atomaren Erstschatz führen werde. Hinsichtlich der 8000 Brennstäbe in der Atomanlage in Yongbyon war mitgeteilt worden, dass deren Wiederaufbereitung weitgehend abgeschlossen sei.

Nordkorea hatte einen Stufenplan vorgeschlagen, nach dem es Öllieferungen, Nahrungsmittelhilfe, Sicherheitsgarantien, Energielieferungen und ökonomische Vorteile wie anderes erhalten soll und dafür einen Prozess als Gegenleistung anbietet, an dessen Ende die Aufgabe des Atomprogramms steht. Den Abbruch eines Atomprogramms zu fordern, ohne gleichzeitig einen Nichtangriffspakt anzubieten, sei „kindisch“ und „unlogisch“, hieß es zeitweise.

Die nordkoreanischen Vorschläge wurden von den USA allerdings zurückgewiesen. Man wolle Nordkorea für sein schlechtes Verhalten nicht belohnen. Der Sprecher des Weißen Hauses erklärte, dass man auf einen unwiderruflichen und überprüfbaren Abbau des Atomwaffenprogramms ziele.

Die USA wollen ihre Gespräche mit Nordkorea fortsetzen und man sprach von einem langen diplomatischen Prozess. Die USA wollen jedenfalls nicht erpressbar sein.

Die Nichtannahme der nordkoreanischen Vorschläge durch die USA verursachten gehörige Unruhe. Falls die USA nicht positiv auf den Vorschlag antworten, seien sie dafür verantwortlich, wenn die Bemühungen um einen Dialog scheitern und die Situation sich ernsthaft verschlechtert. Es wurde gedroht, dass man alle Möglichkeiten der militärischen Abschreckung mobilisieren werde, solange Washington an der feindlichen Haltung gegenüber Nordkorea festhalte.

12. Ausschau

Im Zusammenhang mit den bilateralen Gesprächen Ende April 2003 in Peking wies die amerikanische Führung erneut darauf hin, dass Pjöngjang das alte Erpressungs-



spiel weiterspiele. Man werde sich aber nicht bedrohen lassen, und obwohl die Krise auf der koreanischen Halbinsel mit politischen Mitteln gelöst werden müsse, lägen auch andere Optionen auf dem Tisch.

In Südkorea fühlen sich Kritiker der ehemaligen „Sonnenscheinpolitik“ des früheren Präsidenten Kim Dae-Jung bestätigt. Man liefere sich der Willkür Nordkoreas aus, wenn man – so wie der neue Präsident Roh – eine militärische Option von vornherein ausschließe.

Südkorea hat wiederholt klargestellt, dass ein Besitz von Atomwaffen Nordkoreas inakzeptabel sei. Der Besitz von nordkoreanischen Atomwaffen wäre eine Verletzung der im Dezember 1991 von Nord- und Südkorea unterzeichneten Deklaration für eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel. Darin haben sich beide Parteien verpflichtet, nukleare Waffen weder zu produzieren, noch zu lagern oder gar zu testen. Nordkorea positioniert sich jedoch nur gegenüber den USA und lässt Südkorea mehr oder weniger links liegen; es ist nur ein Partner in Gesprächen über die Unterstützung des vom wirtschaftlichen Kollaps bedrohten Landes hinsichtlich humanitärer und wirtschaftlicher Hilfsprojekte. So unterstellen konservative Kreise in Südkorea der Regierung, im Umgang mit dem Norden zu viel Rücksicht zu nehmen, ja blauäugig zu sein. Die ganze Annäherungspolitik, seinerzeit die sogenannte Sonnenscheinpolitik des früheren

Präsidenten Kim Dae-Jung und deren Fortsetzung als Politik des Friedens und des Wohlstandes unter dem jetzigen Präsidenten Roh, der die Sonnenscheinpolitik mit einigen Retuschen eigentlich fortsetzt, basiert ja auf der Prämisse eines atomwaffenfreien Nordens. Südkorea ist zunehmend darüber enttäuscht, dass es vom undankbaren Nachbarn im Norden als Belohnung für großzügige Wirtschaftshilfe ständig nur neue Drohungen erhält. Rohs Versuch, eine führende Rolle bei der Beilegung des Atomstreites zu erhalten, ist jedenfalls nicht erfolgreich gewesen. Die pragmatische und rücksichtsvolle Politik hat sich bisher nicht ausgezahlt.

Über Druckmittel wird auch in japanischen Regierungskreisen nachgedacht. Möglich wären schärfere Wirtschaftssanktionen, deren Einhaltung etwa durch eine Seeblockade gewährleistet werden könnte. Allerdings hat Nordkorea dargelegt, dass es Wirtschaftssanktionen als Kriegserklärung auffassen würde. In der Region und in den USA befasst man sich daher intensiv mit der Frage, wie ernst man nordkoreanische Drohungen nehmen muss.

Gegen massive Sanktionen spricht der Umstand, dass ein Zusammenbruch Nordkoreas von keinem der Anrainer gewünscht wird. Südkorea fürchtet sich vor den ökonomischen und sozialen Kosten eines Zusammenschlusses. China wünscht sich kein vereintes Korea mit US-Truppen, sondern vielmehr ein nordkoreanisches Glacis. Japan ist besorgt, in einem



allenfalls wiedervereinten Korea ein ihm wenig freundlich gesinntes größer gewordenes Nachbarland vorzufinden.

Kurzfristig rücken jedenfalls Südkorea und Japan unter dem amerikanischen Schutzschirm enger zusammen. Es gibt Konsens in der ganzen Region darüber, dass ein Nordkorea mit Atomwaffen nicht geduldet werden kann und dass die Nordkorea-Krise mit friedlichen Mitteln gelöst werden muss.

Keinen Konsens gibt es aber darüber, wie man mit einem schon atomwaffenbesitzenden Nordkorea verfahren soll, geschweige denn, mit welchen Konsequenzen man einer Atommacht Nordkorea begegnen will. Ein Präventivschlag ist sowohl in Südkorea als auch in Japan mehr oder weniger tabu. Jedoch scheint die Debatte darüber sich in Japan weiterzuentwickeln: Man laufe mit freundlichen und friedlichen Lösungsvorschlägen Gefahr, angesichts der nordkoreanischen Drohung ins Hintertreffen zu geraten. Japan müsse erwägen, wie es sich gegen nukleare Waffen verteidigen könne – so immerhin der im Kabinett für die japanische Selbstverteidigungskräfte Zuständige, de facto also der Verteidigungsminister Shigeru Ishiba. Er bemerkte sogar, dass es Japan erlaubt sein müsse, gegen Nordkorea einen Präventivschlag zu lancieren, falls man dort Vorbereitungen für einen Raketenabschuss erkenne. Zwar fehlt es Japan an entsprechender Raketen-technologie, aber deren Anschaffung ist für Ishiba durchaus

überlegenswert. Was seinerzeit wohl zu einem Rücktritt des Ministers führen hätte müssen, ist im Jahre 2003 offenbar akzeptabel. Die Warnung nämlich, dass Japan derzeit bei einem Raketenangriff Nordkoreas nur noch den humanitären Schaden begrenzen könne, ließ die Proteste gegen seine Ausführungen verstummen. Die Entwicklung ballistischer Raketen in Nordkorea liefert in Japan die Legitimation für die Forderung nach mehr Schlagkraft der eigenen Streitkräfte, etwa dem Aufbau eines umfassenden japanisch-amerikanischen Raketenabwehrsystems, sowie auch die jüngste Lancierung zweier Spionagesatelliten, die vor allem Nordkorea ausspähen sollen.

Die Nationalisten in Japan fühlen sich im Aufwind und fordern eine stärkere Verteidigung und die Aufrüstung des Militärs, notfalls auch mit Atomwaffen. Warum müsse Japan auf Atomwaffen verzichten, wenn Nordkorea solche bereits besitze oder sich verschaffen wolle? Genau das ist wohl die mittel- bis längerfristige zentrale Sorge Chinas, das ebenso wie Südkorea nationalistische und militärische Strömungen in Japan mit Argwohn verfolgt.



13. Resümee

Die Ereignisse der letzten Jahre (insbesondere die nordkoreanischen Raketentests und die Nuklearversuche in Indien und Pakistan) haben demonstriert, dass die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen gescheitert ist. Die USA haben dies offenbar zur Kenntnis genommen. Die logische Folge davon ist, aus der passiven Haltung in den Rüstungskontrollverhandlungen einerseits zu einer verstärkten Bereitschaft zu Präventivschlägen gegen Waffenarsenale von feindlichen Ländern, die im Besitz solcher Waffen sind, überzugehen und andererseits den Bereich der Raketenabwehr zu forcieren. Während die Europäer die Zielsetzung verfolgen, eine weitere Unterminierung des Nichtverbreitungsregimes zu vermeiden (– bzw. das Scheitern der Nichtverbreitung nicht wahrhaben wollen), scheint man in den USA gewillt, auf das Unvermeidliche zu reagieren.

Dazu gehört eine neue Abschreckungsfähigkeit durch die Fähigkeit und die Bereitschaft zum Einsatz von Nuklearwaffen gegen sogenannte Schurkenstaaten. (Siehe dazu den Abschnitt 5.: US-Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen.)

Im Pentagon betrachtet man die Entwicklung von Kleinatombomben, sogenannten Mini-Nuks, die etwa ein Drittel der Sprengkraft der Hiroschima-Bombe besitzen, als glaubwürdige Abschreckung gegenüber sogenannten Schurken-

staaten wie Nordkorea oder dem Iran. Wenn die USA nur über ihre Mega-Atomwaffen verfügen, so wird man vermutlich lange zögern, um sie einzusetzen. Bei kleineren Waffen hingegen – mit begrenzter Schadenswirkung – ist ein solcher Einsatz leichter vorstellbar. Sie könnten etwa dazu eingesetzt werden, um chemische und bakteriologische Waffenarsenale zu zerstören, die in tief gelegenen Bunkern gelagert sind. Eine tief unter der Erde detonierende Atombombe würde auch keine Staubwolke aufwirbeln und damit ihre Schadensauswirkung auf die Umwelt sehr begrenzen.

Generell bleibt für die USA die Politik der Interventionsfähigkeit und militärischen Präsenz in verschiedenen Teilen der Welt wichtig. Die Interventionsfähigkeit der USA wird durch den Atomwaffenbesitz verschiedener Länder aber problematisch, weil sie Vergeltungsschläge auf sich oder ihre Verbündeten im Zusammenhang mit militärischen Maßnahmen fürchten müssen.

China nahm bei den Dreiergesprächen die Rolle eines aktiven und interessierten Gastgebers ein. Peking ist sehr viel daran gelegen, dass die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel nicht noch weiter eskalieren.

Auch China hat kein Interesse daran, dass die koreanische Halbinsel zur Nuklearwaffenzone wird. Das würde nämlich auch nach chinesischer Einschätzung die Gefahr heraufbeschwören, dass auch Japan sich mit Nuklearwaffen versorgt, was alle strategischen Rechnungen Pekings über den



Haufen werfen würde. Die chinesische Führung muss daher an einer Abstimmung mit den USA interessiert sein; es stellt sich allerdings die Frage, wie viel Einfluss Peking tatsächlich gegenüber Nordkorea noch besitzt.

Nordkorea stellt eine schwere regionale, sogar globale Hypothek für die Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen dar.

Im Sinne einer friedlichen und stabilitätsfördernden Entwicklung wird insbesondere China beherzter zum Atomkonflikt Stellung nehmen müssen.

Die repressive und totalitäre Natur des Nordkoreanischen Regimes steht außer Frage. Die andere Frage allerdings ist, ob es tatsächlich eine Bedrohung für den Weltfrieden darstellt. Nordkorea ist ein wirtschaftlich ruiniertes Land, das sich mit dem Rücken an die Wand gedrängt fühlt. Es bemüht sich derzeit verzweifelt um bessere Beziehungen zu den USA beziehungsweise wünscht diese wenigstens und fühlt sich von der Regierung Bush jr. feindlich behandelt. Die Ambivalenz drückt sich im Satz eines nordkoreanischen Diplomaten aus: „Wir sind zum Dialog bereit, aber auch zum Krieg.“

Bislang gibt es aber keine Anzeichen, keine Ereignisse oder Initialoptionen, die auf eine Militärintervention gegen Nordkorea hinweisen. Das Pentagon hatte zwar Mitte der neunziger Jahre die Frage eines Präventions-schlages gegen verdächtige Anlangen in Nordkorea geprüft, doch bereits damals schien eine solche Maßnahme wegen der

geopolitischen Situation und des Eskalationspotenziales, aber auch hinsichtlich der wirtschaftlich katastrophalen Verfassung nicht zu vertreten. Die damals entwickelte US-Strategie einer differenzierten Einbindung Nordkoreas mit Belohnungen für Wohlverhalten und Strafen für Verweigerungen dürfte im Prinzip noch immer gelten.

Die geostrategische Situation macht eine Intervention unwahrscheinlich, außer etwa in einem realistischen Bedrohungsszenario für Japan. Die Bedrohungssituation für die USA selbst ist wegen der Nationalen Raketenabwehr in Zukunft nicht mehr gegeben. Die mögliche Bedrohung der Verbündeten der USA (Japans und Südkoreas, ev. Taiwans) – eines Tages vielleicht auch Europas – gibt den USA die Möglichkeit, diesen ihre Schutzfunktion und das Erfordernis ihrer Führungsrolle noch einige Zeit zu demonstrieren und bewusster zu machen. Auch wird die Neigung der USA zu Präventivschlägen häufig überschätzt: Das Bild der „kriegslüsternden“ USA ist eine hypertrophe Überzeichnung einerseits von (meist selbst gewalttätigen) Gegnern und Feinden der USA und andererseits von nicht in global-strategischen Dimensionen denkenden selbstgefällig-introvertierten Europäern. Die friedens- und stabilitätsfördernde Rolle der USA wiederum wird (teilweise bewusst, teilweise ignorant) unterschätzt beziehungsweise herabgespielt (wie insbesondere die jahrzehntelange Schutzfunktion für Europa, aber auch die ausgleichende Rolle in zahlreichen Krisen-



und Konfliktsituationen wie zuletzt im indisch-pakistanischen Konflikt).

Ebenso wird die aktive Rolle der USA im Sinne positiver Gestaltung und aktiver Bekämpfung negativer Entwicklungen (Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die Rolle zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie, Bereitschaft zu humanitären Interventionen wie in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo) gerade in Europa gerne unterschätzt oder reduziert.

Freilich ist es schwer bis unmöglich vorherzusagen, wie sich die nordkoreanische Diktatur letztlich verhalten wird. Aber man kann doch annehmen, dass sie sich nach wirtschaftlicher Unterstützung auf einen Kompromiss mit den USA und mit seinen Nachbarn einlassen wird, und umgekehrt, dass auch die USA sich letztlich einem solchen Kompromiss nicht verschließen werden. Die Kosten dafür werden wohl in erster Linie Japan und Nordkorea tragen müssen, denn sie sind am stärksten betroffen.

Die USA werden ihre Zugeständnisse aber wohl erst nach einem längeren Verhandlungsprozess machen und dabei erstens darlegen, dass Nordkorea der Bittsteller und nicht Forderer ist, und zweitens ihre Führungsrolle gegenüber den Verbündeten untermauern.

China wird die Chance eines gemeinsamen Konfliktmanagements mit den USA wahrnehmen und dadurch seine (über das Regionale hinausgehende)

Großmachtrolle unterstreichen. China und die USA müssten zusammen wohl das Potenzial haben, um Nordkorea zur Aufgabe seines Atomwaffenprogramms zu veranlassen.

Alle für den Konflikt relevanten Mächte – USA, China, Japan, Russland und Südkorea – haben eine starke gemeinsame Interessensbasis:

1. eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel,
2. keinen Kollaps Nordkoreas (– im Unterschied zu längerfristigem Systemwechsel) und
3. den Ausbau der ökonomischen Kooperationsmöglichkeiten.

Die Situation ist völlig unterschiedlich zur Situation vor dem Irak-Krieg. Von der Logik her müsste es deshalb in Nordkorea zu einer Verständigungslösung kommen, die allerdings genauso wie der Krieg im Irak die führende Rolle der USA unterstreichen wird.